

arlesheimreloaded

# Uni-Vertrag als Testfall

Von Manfred Messmer



Sie haben es getan, und noch schneller als ich es in meiner Kolumne letzte Woche vermutet habe: Die Baselbieter Sozialdemokraten wollen sofort ihre Fähigkeit, Initiativen zu ergreifen, unter Beweis stellen. Weil sie keine echten politischen Themen haben, greifen

sie in die Trickkiste der Populisten. Mit ihrer publikumswirksamen U-Abo-Initiative laufen sie wenig Gefahr, schon beim Sammeln der Unterschriften zu scheitern. Vielmehr wird das ein Spaziergang. Die notwendigen 1500 Unterschriften werden wie beim Vorbild Wirtschaftskammer in Rekordzeit gesammelt sein. Die Initiative wird voraussichtlich 2017 zur Abstimmung vorgelegt.

Mit ihrer Gesetzesinitiative will die Linke die Subvention der Tramtarife aus Steuermitteln verbindlich und auf alle Ewigkeit festschreiben. Das ist nicht nur opportunistische Politik in Reinkultur, das ist vielmehr blanker parteipolitischer Zynismus: Die SP will das Volk, das in seiner Mehrheit nichts mehr von der Politik erwartet, mit «panem et circenses» oder zeitgemäss mit «Mobilität und Unterhaltung», ruhigstellen.

Angesichts der Finanzmisere des Landkantons ist diese Initiative kennzeichnend für die Reformunfähigkeit der Baselbieter Politik. Und damit sind alle Parteien und deren Exponenten in Regierung und Landrat gemeint. Im Grundsatz stimmen zwar alle darin überein, dass der Haushalt in Ordnung gebracht werden muss. Absichtserklärungen sind ja gratis. Werden Ziele und Massnahmen auf den Tisch gelegt, dann heisst es: Da fehlt jegliche Strategie und diese Massnahme hier und jene dort – das geht nun aber überhaupt nicht.

Und flugs wird eine Initiative gestartet, bevor überhaupt ernsthaft über das Gesamtpaket diskutiert wurde.

Populistischen Widerstand gegen die von der Regierung vorgestellten Sparmassnahmen gibt es aber auch in der Regierung. Isaac Reber fiel dem Finanzdirektor mit der Behauptung in den Rücken, es würden «50 Stellen im Polizeikorps» gestrichen, was sich liest wie: 50 Polizisten sollen endlassen werden. Dann verabschiedete er sich in die Ferien. Bei der Sicherheit sparen – da machen die Bürgerlichen garantiert nicht mit, so sein Kalkül.

Doch selbst Herr Lauber ist es bei der einen oder anderen Massnahme, jetzt, wo zur Sache geht, etwas mulmig geworden. Beispielsweise bei der Kürzung des Beitrags an die Universität Basel. Weil diese Kündigung einen monatelangen öffentlichen Aufschrei auslösen wird, der die Diskussion ums U-Abo in den Schatten stellen wird, geistern so Ideen rum wie: Man könnte den Uni-Vertrag mal provisorisch kündigen. Und dann mit Basel-Stadt das Gespräch suchen.

Nur gibt es bei einem Vertrag so etwas wie «provisorisch kündigen» nicht. Zudem läuft der Regierung die Zeit davon: Der Uni-Vertrag muss bis 31. Dezember 2015 rechtsverbindlich gekündigt werden. Deshalb wird er zum ersten grossen Testfall für die Standhaftigkeit der bürgerlichen Regierung. In einer der nächsten Sitzungen kommt die Kündigungsmotion Kämpfer vors Parlament. Möglich, dass eine Mehrheit des Parlaments diese ablehnen wird.

Doch dann ist die Regierung nicht etwa feinsinnig, sondern muss das tun, was in ihrer Kompetenz liegt: Den Uni-Vertrag trotzdem kündigen. Weil sie keine Rückfallposition hat.

Es sei denn, die bürgerliche Regierung will sich schon wenige Wochen nach der Wahl zur «Lame Duck» erklären.

## Im Gespräch: Markus Hürlimann

# Nichts ist mehr, wie es war

Von Samuel Tanner

Als den Journalisten nichts mehr einfiel zu dieser sogenannten Zuger Sex-Affäre, zur Landammann-Feier im Restaurant Schiff, zu Jolanda Spiess-Hegglin und Markus Hürlimann, zu K.-o.-Tropfen und Fremdküssen, riefen sie in Hollywood an. Ein Regisseur sagte dann: «Von einer solchen Story kann man nur träumen!» Und schrieb bereits an einem Drehbuch. Das war im März. Inzwischen ist der Regisseur hoffentlich wieder abgekommen von seiner Idee. Zu viel ist geschehen.

Ein guter Filmstoff braucht wahnsinnige Wendungen und wahrscheinlich auch Sex, so viel kann diese Affäre einlösen – er müsste gleichzeitig aber ohne eine verstörende anatomische Präzision und stete Fremdschäm-Impulse auskommen.

Als Markus Hürlimann gestern im Zuger Theater Casino eine weitere Pressekonferenz veranstaltete, sagte er: «Das ärztliche Attest ihres Gynäkologen, das ihr eine gesenkte Gebärmutter attestierte, reichte Spiess erst am 10. April ein, nachdem bereits klar war, dass im Untersuchen im Kantonsspital kein Schiebe- oder Hebeschmerz der Gebärmutter festgestellt wurde.»

Die Zuger Sex-Affäre hat sich in den vergangenen Monaten zu einer zwischenmenschlichen Bad-Taste-Party entwickelt. Eingeladen war immer die ganze Schweiz, freiwillig oder unfrei-

willig, die Zeitungen berichteten 600-mal in acht Monaten – man kam beim besten Willen nicht an diesem Schauspiel vorbei.

Unbestritten ist eigentlich nur, dass sich am Abend des 20. Dezembers 2014 zwei Lokalpolitiker nahegekommen waren – und dass sich dieses Nahekommen in der «Captains Lounge» des Restaurants Schiff abspielte. Der Rest der Wahrheit scheint verhandelbar.

Die Zuger Staatsanwaltschaft stellte am 27. August zwar eine Strafuntersuchung «gegen den 41-jährigen Beteiligten» (Hürlimann) ein, der



«Wo beginnt denn Sex?» Markus Hürlimann, Beteiligter der Zuger Sex-Affäre. Foto Keystone

wegen Schändung angezeigt war. Sie schrieb zwar, dass es keine Hinweise auf K.-o.-Tropfen gebe. Und sie meinte zwar, dass aufgrund von DNA-Analysen klar sei, dass es «zu einem Kontakt im Intimbereich» gekommen sei. Das beendete die Geschichte aber nicht.

Jolanda Spiess-Hegglin sagte dem Blick sofort: «Ich würde nie an einem solchen Anlass Sex haben. Hürlimann ist zu dem nicht mein Typ.» Und Markus Hürlimann, der immer nur von «Fremdküssen» spricht, liess seinen Anwalt die DNA-Spuren in der Vagina von Spiess-Hegglin so erklären: «Wo beginnt denn Sex? Könnte die DNA nicht auch durch intensives Knutschen dort gelandet sein?» Alle Grenzen haben sich aufgelöst.

Markus Hürlimann stellte nun fest: «Nichts ist mehr, wie es war.» Spiess-Hegglin's Aussage, spontaner Sex sei ihr wegen einer Gebärmutterabsenkung nicht möglich, bezweifelt er: «Die Diagnose im April 2015 ist nur dahingehend, dass es beim Geschlechtsverkehr Schmerzen könne.»

Er klagt weiterhin gegen Spiess-Hegglin – wegen übler Nachrede und Verleumdung. Vor den Medien sagte er gestern, mit Blick auf die Nacht in der «Captains Lounge»: «Es handelt sich um zwanzig Minuten in meinem Leben, die ich nicht mehr rückgängig machen kann.» Unappetitlicher aber als die Aktionen in jener Nacht sind ja sowieso die in nüchternem Zustand, in den Monaten danach.

## Breaking News

# Nicht wählen macht nichts

Von David Thommen

Am 18. Oktober wählt die Schweiz. Der Wahlkampf läuft mittlerweile zwar, Themen mit ganz grosser Zugkraft haben wir bisher aber nicht ausgemacht. Am ehesten noch ist es die SVP, die mit Europa, Zuwanderung und Flüchtlingen für eine gewisse Mobilisierung sorgen könnte, doch für welche Ideen genau stehen SP, FDP, CVP oder Grüne? Und wie wollen Grünliberale oder BDP die Welt verbessern? Man bleibt etwas ratlos – und daher am Wahltag vielleicht auch lieber daheim. Eine hohe Wahlbeteiligung ist jedenfalls nicht zu erwarten. Und so dürfte es in den Zeitungskommentaren vom 19. Oktober wieder heissen: «Siegerin der Nationalratswahl mit einer absoluten Mehrheit ist die Partei der Nichtwähler.»

Letztmals höher als 50 Prozent lag die Wahlbeteiligung im Jahr 1975. Seither warfen stets weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Couvert ein. Mit 42,2 Prozent wurde 1995 der bisherige Tiefpunkt erreicht, danach stieg das Interesse wieder leicht (2011: 48,5 Prozent). Doch das ist nichts im Vergleich zu den Wahlen in anderen Ländern wie Deutschland, wo 1971 sagenhafte 91 Prozent an die Urne gingen und es 2013 immer noch 71,5 Prozent waren.

### Angebliche Politikverdrossenheit

Die tiefe Beteiligung im stets etwas suspekten demokratischen Musterland Schweiz wird von den Korrespondenten internationaler Medien gerne als Symptom für den schleichenden Niedergang einer überstrapazierten Demokratie geschildert. In der Schweiz selber sind es vor allem die Wahlverlierer, die mit Verweis auf die geringe Beteiligung den Triumph der Sieger kleinreden. In sozialen Medien war nach den Nationalratswahlen 2011 beispielsweise zu lesen, dass die Siegerin SVP, die einen Anteil von knapp 27 Prozent holte, in Tat und Wahrheit von weniger als 13,5 Prozent aller Stimmberechtigten gewählt wurde. Pointiert hiess es sogar: «Mehr als 86 Prozent der Schweizer stimmen gegen die SVP.» Mit anderen Worten: Die Sieger sind nur eine krasse Minderheit, denen es an echter Legitimation fehlt.

Tatsächlich? Ist eine tiefe Wahlbeteiligung wirklich schlecht für die Demokratie und ein Zeichen fortschreitender Politikverdrossenheit? Die

Politikforschung stellt dies längst in Abrede. Der Spiess wird sogar umgedreht: Nur in Ländern mit einer schwach ausgebauten Mitwirkung der Bevölkerung ist die Beteiligung an Parlamentswahlen hoch. In Ländern mit alten Demokratien wie den USA oder Japan hingegen gehen wie in der Schweiz meistens weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten an die Urne. Das verbreitete Fernbleiben von den Urnen kann also als Zeichen einer grossen Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System gedeutet werden.

In einer neuen Untersuchung bestätigen die Schweizer Politologen Matthias Fatke und Markus Freitag\* diesen Befund insgesamt: Die tiefe Stimmbeteiligung sei kein Anzeichen für einen Trend hin zu Misstrauen, Desinteresse oder Politikverdrossenheit. Das Wehklagen über die scheinbar enttäuschte und abgewandte schweigende Mehrheit sei höchstens teilweise berechtigt.

Nur in Ländern mit einer schwach ausgebauten Mitwirkung der Bevölkerung ist die Beteiligung an Parlamentswahlen hoch.

Mit einer Nachwahlbefragung im Jahr 2011 haben sich die Wissenschaftler auf die Suche nach dem Nichtwähler, dem weitgehend unbekanntem Wesen, gemacht und sechs unterschiedliche Typen gefunden. Als grösste Gruppe mit einem Anteil von 20 Prozent sind die zufriedenen, aber eher gleichgültigen Zeitgenossen ausgemacht worden. Sie bleiben der Urne fern, weil sie wenig an Politik interessiert sind und auch kaum politische Nachrichten in den Zeitungen lesen. Frustration über das politische Geschehen gibt es in dieser Gruppe allerdings nicht, ganz im Gegenteil: Das Vertrauen in die Politik ist so hoch, dass man nicht das Gefühl hat, sich damit beschäftigen oder sich gar einmischen zu müssen. Eine weitere Gruppe sind die «abstimmenden Nichtwähler» (13 Prozent). Sie sind politisch stark interessiert, halten Sachabstimmungen, an denen sie sich überdurchschnittlich oft beteiligen, aber für wichtiger als Wahlen. Andere – knapp zehn Prozent – Nichtwähler sind politisch ebenfalls interessiert,

engagieren sich aber lieber anderswo, beispielsweise in der Kirche, sammeln Unterschriften oder gehen eher demonstrieren als wählen.

### Die «inkompetenten Nichtwähler»

Weitere 18 Prozent der Nichtwähler sind häufig ledig oder verwitwet und sozial isoliert und stehen der Politik eher misstrauisch gegenüber. Wer kein Umfeld hat, in dem politische Diskussionen geführt werden, bleibt der Urne meist fern.

Die tatsächlich Frustrierten gibt es jedoch auch: Immerhin 16 Prozent der Nichtwähler werden der Gruppe der Verdrossenen zugerechnet. Sie haben ein kleines politisches Wissen und verfügen meist über einen eher leichten schulischen Rucksack. Dass sie das Stimmcouvert ins Altpapier werfen, wird als Zeichen eines tief sitzenden Verdrusses über die Institutionen gesehen. Laut der Studie handelt es sich um Personen, die häufig eher dem linken politischen Lager zuzurechnen sind. Und schliesslich gibt es die Gruppe, die einem wirklich Sorge bereiten muss: 20 Prozent werden als «inkompetente Nichtwähler» betrachtet. Da sie von Politik auch nicht ansatzweise etwas begreifen, bleiben sie den Wahlen fern. Dies, nur nebenbei, ist vielleicht auch besser so.

Die Untersuchung zeigt also, dass es den Nichtwähler als solchen nicht gibt und Wahlabstimmungen nicht per se ein Demokratie-Problem ist. Zieht man eine andere Untersuchung zu Volksabstimmungen zurate, wird dieser Befund bestätigt: Immerhin 75 Prozent aller Schweizer Stimmberechtigten beteiligen sich zumindest hin und wieder an Abstimmungen. Das Ausmass der politischen Nichtpartizipation ist also weit weniger düster, als man auf den ersten Blick annehmen könnte. Stürmen die Eidgenossen auch am 18. Oktober die Wahllokale nicht, so kann das also als Zeichen für eine weitverbreitete Zustimmung zu den Zuständen in der alten Demokratie Schweiz gewertet werden. Das Volk hat immer recht, selbst wenn es schweigt.

\* Der Beitrag «Wollen sie nicht, können sie nicht oder werden sie nicht gefragt? Nichtwählertypen in der Schweiz» von Matthias Fatke und Markus Freitag (Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern) ist im kürzlich erschienenen Buch «Wahlen und Wählerchaft in der Schweiz» (Band 3) zu finden. Verlag: NZZ Libro. Herausgeber sind Markus Freitag und Adrian Vatter. Preis: 39 Franken.

# Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG  
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungspräsident und Delegierter:  
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor: Markus Sommi (msa)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (dt)

Chefredaktion: Michael Bahnerth (mb), Textchef – Roland Haisberger (rh), Chef vom Dienst – Laila Abdel Al, Assistentin

Politik: Martin Furrer (mf), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Michael Hug (Autor; hu) – Hansjörg Müller (hm) – Alessandra Pirose (ape) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus: Dominik Feusi (ff), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gähler (bg) – Christian Keller (ck)

Basel-Stadt: Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (he), stv. Leitung – Aaron Agnolozza (aag) – Nadine Brügger (nab) – Denise Döllinger (dd) – Mischa Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Basel-Land: Daniel Wahl (wah), Leitung – Carole Gröflin (gr) – Boris Gyga (bg) – Joël Hoffmann (jh) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis)

Wirtschaft: Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung – Rahel Koerflin (rk) – Kurt Tschann (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Fabian Kern (ker) – Tilmann Pauls (tp) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Siegfried Schibli (sb), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Stefan Srittmatter (mat) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmir (RB), Paris – Sebastian Berger (sb), London – Wolfgang Drechsler (wd), Kapstadt – Paul Rüdiger (ru), Warschau – Will Gernund (wg), Bangkok – Frank Herrmann (fh), Washington – Pierre Heumann (hu), Naher Osten – Felix Leo (fl), Peking – Benedict Neff (bn), Berlin – Thomas Rose (ro), Belgrad – Stefan Schöll (sch), Moskau – Reiner Wandler (rw), Madrid

Meinungen und Profile: Graziella Kuhn (gk)

Kolumnisten: Claude Cueni – Thomas Cueni – David Dür – Felix Erbacher (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hammi (hmi) – Martin Hicklin (hk) – Walter Holstein – Helmut Hubacher – Markus Meili – Manfred Messmer – Linus Reichlin – Hansjörg Schneider – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung, Gesundheit heute: Denise Döllinger (dd) Essen & Trinken: Roland Haisberger (rh) Mobil: Benno Brunner (bb) Reisen: Sarah Garzmann (sg) Beilagen/Projekte: Roland Haisberger (rh) – Benno Brunner (bb) Produktion: Benno Brunner (bb) Stv. Chef vom Dienst: Claudia Biangetti (cb) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Garzmann (sg) – Christian Horisberger (ch) – Lukas Lampart (ll) – Eva Neugebauer (ene) – Stephan Reuter (sr) – Stefan Srittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung: Nina Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffel (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwärzer

Bildredaktion: Melody Gyga, Leitung – Jeannette Böle Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Ploss – Nicole Port

Korrektur: Lesley Paganelli (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Diller Muzzolini – Andreas Herzog – Markus Priedl – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Marcel Münch – Arny Parizzi

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vom.name.name@baz.ch

Büro Liestal: Basler Zeitung, Rebasse 17, 4410 Liestal, Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufen/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbemarkt: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 8.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MwSt): 8 Monate Fr. 255.–, 12 Monate Fr. 485.– (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschenschplatz: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets: Montag–Freitag von 8.00 Uhr–17.30 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate: Basler Zeitung Medien, Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20, inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination: Reto Kyburz

Geschützte Marken: Nordwestschweizer ZEITUNG

Basler Woche

Baiferfab

Ammoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbige Fr. 4,25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.) Ein Mitglied des metropool

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distria AG, Neue Frickstrasse Zeitung AG